



Haushalts- und Finanzausschuss

94. Sitzung (öffentlicher Teil)¹⁾

14. Oktober 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:25 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im zweiten Quartal des Haushaltsjahres 2004 1

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 13/2962

Nach der Erörterung von Einzelfragen mit den Vertretern der Landesregierung **empfiehlt** der Ausschuss einstimmig, die in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben **zu genehmigen**.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

2 Diskriminierung beenden - Pflichten und Rechte für Lebenspartner in Einklang bringen 2

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5466

In Verbindung damit:

Schwule und lesbische Paare rechtlich gleichstellen - Landesrecht nach Einführung der Eingetragenen Partnerschaft anpassen

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und

¹⁾ Vertraulicher Teil mit TOP 10 und TOP 16 s. Vertr. APr 13/52

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/5577

Ohne Aussprache **bestätigt** der Ausschuss einstimmig das **Abstimmungsverhalten des Unterausschusses "Personal"**:

- Der **Antrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/5466** wird mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP **abgelehnt**.
- Der **Entschließungsantrag** der Koalitionsfraktionen **Drucksache 13/5577** wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP **befürwortet**.

3 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a Grundgesetz 3
hier: 34. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

Vorlage 13/2970

Der Ausschuss **nimmt** die Vorlage ohne Diskussion einstimmig **zur Kenntnis**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Manfred Palmén (CDU)

4 Änderung des Landesreisekostengesetzes (LRKG), des Landesumzugskostengesetzes (LUKG), der Trennungsentschädigungsverordnung (TEVO) und der Auslandsreisekostenverordnung (ARVO) 3

Gesetzesentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5740

Vorlage 13/3040

Zuschriften 13/4336 und 13/4337

Nach kurzer Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP dem Landtag, dem **Gesetzesentwurf** unter Berücksichtigung der vom Unterausschuss "Personal" beschlossenen Änderungen und der vom Unterausschuss-Vorsitzenden Manfred Palmén vorgetragenen redaktionellen Korrektur (s. auch Vorlage 13/3040) **zuzustimmen**.

Berichterstatter: Günter Garbrecht (SPD)

- 5** **Achtes Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Achtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 8. ÄndLBesG)** **5**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5958
Vorlage 13/3029
Zuschrift 13/4307
- Nach kurzer Erörterung **beschließt** der Ausschuss einstimmig, **im Unterausschuss "Personal"** am 16. November 2004 eine **öffentliche Anhörung** der Sachverständigen durchzuführen, die von den Fraktionen vorgeschlagen sind bzw. bis morgen früh benannt werden können.
- 6** **§ 8a Körperschaftsteuergesetz muss umgehend novelliert werden** **6**
Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/5326
Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung
- Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, am 20. Januar 2005 eine **öffentliche Anhörung** der von den Fraktionen bereits vorgeschlagenen Sachverständigen durchzuführen.
- 7** **Einrichtung einer Leerstelle der Besoldungsgruppe A 15 BBesO im Einzelplan 11** **6**
Vorlage 13/2975
- Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Personal" **beschließt** der Ausschuss ohne Diskussion bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP einstimmig, in die Einrichtung der Leerstelle **einzuwilligen**.
- 8** **Aufhebung von Sperrvermerken im Kapitel 11 030** **7**
Vorlagen 13/3025 und 13/3028
- Entsprechend der Empfehlung des mitberatenden Ausschusses für Frauenpolitik - Vorlage 13/3025 - **beschließt** der Ausschuss ohne Diskussion einstimmig die **Aufhebung der beiden Sperrvermerke** gemäß dem Antrag des Finanzministeriums, Vorlage 13/3028.

9 Für eine Neue Esskultur - gegen Strafsteuern und staatliche Ernährungsdiktatur

7

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/5671

Ohne Aussprache **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Antrag abzulehnen**.

10 Beteiligungsbericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2002

7

Vorlage 13/2950

In Verbindung damit:

Finanzielle Situation der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen seit dem 1. Januar 2003

Vertrauliche Vorlage 13/37

Der Ausschuss **beschließt**, diesen Punkt am Ende der Sitzung gemeinsam mit TOP 16 **vertraulich zu beraten** (s. *Vertr. APr 13/52*).

11 Bericht der Landesregierung nach § 7a des Haushaltsgesetzes 2004/2005 über den Stand der Einführung neuer Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung NRW

8, 13

Vorlagen 13/3016 und 13/3035

Der Ausschuss berät über die in Vorlage 13/3035 dargestellten Empfehlungen der Arbeitsgruppe "Haushaltsrecht".

Er **beschließt** sodann einstimmig, die Landesregierung aufzufordern,

- zum 30.06.2005 über den Vorschlag zur endgültigen Regelung für die Personalausgabenbudgetierung zu berichten,
- zum 30.06.2005 in einem weiteren Bericht gemäß § 7a HG 2004/2005 die weiteren Projektschritte mit einer Zeitschiene verbindlich darzustellen und
- die Entwicklung des Konzeptes für den erforderlichen IT-Einsatz voranzutreiben und eine landeseinheitliche Regelung anzustreben.

Ergänzend wird die Landesregierung gebeten, die Arbeitsgruppe "Haushaltsrecht" laufend über den Stand der Beratungen zu informieren.

- 12 Bericht der Landesregierung nach § 7b des Haushaltsgesetzes 2004/2005 über ein Konzept für eine Berichterstattung zur Nachhaltigkeit der Finanzpolitik** 12

Vorlage 13/3026

Die Vorlage wird im Rahmen einer kurzen Erörterung zur Kenntnis genommen.

- 13 Bericht der Landesregierung nach § 7c des Haushaltsgesetzes 2004/2005 über ein Konzept zur nach Geschlechtern differenzierenden Analyse, Bewertung und Folgenabschätzung von Haushaltsentscheidungen** 13

Vorlage 13/3014

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Diskussion zur Kenntnis.

- 14 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen** 13

Vorlage 13/2951

Auch diese Vorlage wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

- 15 Verschiedenes** 13

- 16 Bürgerschaftsangelegenheiten** -

Der Ausschuss **beschließt** einstimmig, **vertraulich zu beraten** (s. Vertr. APr 13/52).

Fraktion der FDP abgelehnt. Zu dem Entschließungsantrag habe der Unterausschuss ebenfalls ein Meinungsbild abgegeben und ihn mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion befürwortet.

Auch wenn das Plenum eine Überweisung des Antrages nicht an den HFA, sondern an den Unterausschuss "Personal" vorgenommen habe, halte er es aus formalen Gründen für korrekt, wenn sich der Ausschuss das Votum des Unterausschusses zu Eigen mache und es weitergebe.

Der **Ausschuss** ist mit dem Verfahren einverstanden und bestätigt einstimmig das Abstimmungsverhalten des Unterausschusses "Personal".

3 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a Grundgesetz hier: 34. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

Vorlage 13/2970

Der HFA als federführender Ausschuss habe heute über diese Anmeldung zum 34. Rahmenplan zu entscheiden, bemerkt der **Vorsitzende**. Der mitberatende Ausschuss für Wissenschaft und Forschung habe die Vorlage am 16. September 2004 beraten und zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss** nimmt die Vorlage einstimmig zur Kenntnis, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen, und benennt Manfred Palmen (CDU) als Berichterstatter.

4 Änderung des Landesreisekostengesetzes (LRKG), des Landesumzugskostengesetzes (LUKG), der Trennungsentschädigungsverordnung (TEVO) und der Auslandsreisekostenverordnung (ARVO)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/5740

Vorlage 13/3040

Zuschriften 13/4336 und 13/4337

Vorsitzender Volkmar Klein legt dar, der Unterausschuss "Personal" habe sich mit diesem Gesetzentwurf, der an den HFA zur ausschließlichen Beratung überwiesen worden sei, bereits befasst und sein Beratungsergebnis mit Vorlage 13/3040 übermittelt.

Manfred Palmen (CDU) berichtet aus dem Unterausschuss "Personal", auf Antrag der SPD-Fraktion sei dort mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung

der Oppositionsfraktionen beschlossen worden, Artikel III des Gesetzentwurfs zu streichen; aus den bisherigen Artikeln IV bis VII würden dann die Artikel III bis VI.

Im Nachhinein sei festgestellt worden, dass in dem neuen Artikel III noch eine redaktionelle Änderung vorgenommen werden müsse. Im Satz 1 seien die Worte "und Trennungsentschädigung" zu streichen. Anstelle von "Das Gesetz über die Umzugskostenvergütung und Trennungsentschädigung für die Beamten ..." müsse es heißen: "Das Gesetz über die Umzugskostenvergütung für die Beamten ...". Er bitte, das im Ausschuss so zu beschließen.

Angela Freimuth (FDP) stellt fest, die Zuschriften vom Beamtenbund und Gewerkschaftsbund seien erst nach der Beschlussfassung im Unterausschuss übermittelt worden. Beide Verbände hätten die Frage des Reisekostenverzichts von Lehrerinnen und Lehrern im Zusammenhang mit Klassenfahrten und Schulausflügen aufgeworfen. Sie wüsste gerne, wie das gehandhabt werde; denn sie sei auch von Betroffenen darauf hingewiesen worden, dass es teilweise so etwas wie eine Drohkulisse gebe, dass Lehrerinnen und Lehrer auf die Reisekostenerstattung verzichteten.

Minister Jochen Dieckmann (FM) erläutert, durch den Gesetzentwurf ändere sich an der Praxis der Schulverwaltung gar nichts.

Das Schulministerium habe gebeten, etwas klarzustellen, was aufgrund eines Urteils des Bundesarbeitsgerichtes unklar geworden sei. Dieses Gericht habe entschieden, dass tarifrechtlich beschäftigte Lehrerinnen und Lehrer nicht wirksam auf die Erstattung von Reisekosten verzichten könnten. Bei Beamtinnen und Beamten sei das aber der Fall. Es gehe nun darum, das wieder in Übereinstimmung zu bringen. Das, was seitens der Beamtinnen und Beamten durchaus im Sinne der Kinder, Jugendlichen und Familien praktiziert werde, solle auch im Tarifbereich Wirksamkeit haben.

Im Kreise der Fachpolitik sei das Thema hinreichend diskutiert worden. Die Einzelheiten habe Ministerin Schäfer in der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Solf, Drucksache 13/5723, dargelegt. Entsprechende Regelungen gebe es seit langem in Bayern, Bremen und Sachsen-Anhalt. Das Land Brandenburg habe sie kürzlich eingeführt, und in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen seien sie in Vorbereitung.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der vom Unterausschuss "Personal" empfohlenen Änderung und der vom Abgeordneten Palmes vorgebrachten redaktionellen Korrektur mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung von CDU und FDP zu und benennt Günter Garbrecht (SPD) als Berichterstatter.